



2020 als Bundesanwalt abgetreten: Michael Lauber.

Bild: Peter Klauzner/Keystone



Hauptperson in «Schweizerhof»-Affäre: Fifa-Chef Gianni Infantino.

Bild: Bill Kostroun/AP

Jemand steht auf dem Schlauch

Ermittlungen zur «Schweizerhof»-Affäre liegen auf Eis – weil die Staatsanwälte-Konferenz Ex-Vize Lauber schützt?

Henry Habegger

Seit mehr als vier Monaten ist die Stelle verwaist. Ende Mai dankte der ausserordentliche Bundesanwalt Stefan Keller ab. Seither geht nichts mehr. Das Strafverfahren um die ominösen «Schweizerhof»-Treffen zwischen Fifa-Chef Gianni Infantino und dem vormaligen Bundesanwalt Michael Lauber dümpelt der Verjährung entgegen. Keller musste aufgeben, nachdem ihn das Bundesstrafgericht in einem umstrittenen Entscheid gegenüber Infantino für befangen erklärt hatte.

Wo bleibt die Nachfolgerin oder der Nachfolger von Keller? Die Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft (AB-BA) verweist an die Gerichtskommission (GK), die einen Vorschlag zuhanden der Bundesversammlung machen sollte. Aber die Kommission schweigt auf Fragen: «Die Arbeiten laufen noch», heisst es nur. Es werde «zu gegebenem Zeitpunkt» kommuniziert. Ständerat und GK-Präsident Andrea Caroni

(FDP) wimmelt Fragen sofort ab. Frühest möglicher Zeitpunkt für eine Nachfolgewahl ist die Dezembersession.

Staatsanwälte-Konferenz als Bremsklotz?

Wer steht da auf dem Schlauch? Für Insider ist der Fall klar: die Schweizerische Staatsanwälte-Konferenz SSK. Die einflussreiche Vereinigung, in der die kantonalen Generalstaatsanwälte sitzen. Lauber, gegen den hier ermittelt werden müsste, war langjähriges SSK-Mitglied.

Der SSK kommt eine Schlüsselrolle zu: Sie stellt dem Bund jeweils eine Liste mit Namen zur Verfügung, die als ausserordentliche Staatsanwälte in Frage kommen. Im Fall der Keller-Nachfolge ist die SSK-Quelle offensichtlich nicht ergiebig. Kritiker sehen als Grund: Die SSK habe kein Interesse an den Ermittlungen gegen Lauber. Dieser war bis zu seinem erzwungenen Rücktritt im letzten August Vize der SSK. Die SSK hatte sogar ihre Geschäftsstelle im Grossraumbüro der Bundesan-

waltschaft am Berner Guisanplatz. Erst nach Laubers Abgang zog sie ins «Haus der Kantone».

Der derzeitige Präsident Beat Oppliger, Leitender Oberstaatsanwalt des Kantons Zürich, gilt als enger Lauber-Vertrauter. Er war in den Augen von Kritikern sogar eine Art Wahlkampf-Leiter bei der letzten Wiederwahl des gestrauchelten

«Von passivem Widerstand kann keine Rede sein.»

Florian Düblin
Staatsanwälte-Konferenz SSK

Bundesanwalts. Als Lauber, trotz bereits heftiger Kritik an den «Schweizerhof»-Geheimtreffen, im September 2019 wiedergewählt wurde, freute sich SSK-Vorstand Oppliger in der NZZ: «Wir haben uns im Vorfeld einstimmig für Laubers Wiederwahl eingesetzt. Entsprechend erfreut haben wir Staatsanwälte den Entscheid des Parlaments zur Kenntnis genommen.»

Himmelfahrtskommando für junge Juristen

Der Job des Sonderermittlers in «Schweizerhof»-Affäre ist ohnehin heikel. Wer ihn übernimmt, legt sich mit mächtigen, in Justiz und Politik bis hinauf in den Bundesrat vernetzten Akteuren wie dem Fifa-Chef an. Die Sache kann sich als berufliches Himmelfahrtskommando erweisen, gerade für junge Berufsleute. Keller hat es erlebt; er wurde von einem Gericht schachmatt gesetzt, bevor er einige Schlüsselpersonen befragen konnte.

Leistet die SSK passiven Widerstand in der «Schweizerhof»-Untersuchung? Schützt sie

ihren ehemaligen Vizepräsidenten Lauber? SSK-Generalsekretär Florian Düblin weist diese Vorwürfe auf Anfrage zurück. Die Konferenz habe «keine formelle Funktion bei der Rekrutierung» eines Nachfolgers oder einer Nachfolgerin von Keller. «Unsere Konferenz führt als Dienstleistung eine Liste mit Staatsanwältinnen und Staatsanwälten, die für die Führung von ausserordentlichen Verfahren in Frage kommen. Diese Liste haben wir der zuständigen Kommission zur Verfügung gestellt», so der Generalsekretär der Staatsanwälte. Und er ergänzt: «Unser Präsident hat darüber hinaus unsere Mitglieder gebeten, allenfalls interessierte Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in ihren Behörden bei der Übernahme dieses Mandates zu unterstützen oder Namen von geeigneten Personen zu melden.»

Wenn das wirklich so war, dann hat es bisher nicht viel gewirkt. Düblin hält jedenfalls fest: «Von passivem Widerstand kann deshalb keine Rede sein.»

Glosse

Nicht ganz wie in Österreich, aber ...

Viel Geld soll die österreichische Regierung an Medien bezahlt haben, damit geschönte Umfragen publiziert werden und Sebastian Kurz, inzwischen Altkanzler, gut dasteht. Subtiler, aber medienethisch auch im Grenzbereich, geht der bundeseigene Rüstungskonzern Ruag vor, um sein Image aufzupolieren. Unlängst verschickte ein Umfrageinstitut im Auftrag der Ruag Schweiz ein E-Mail an Bundeshausjournalisten. Es bot 100 Franken, wenn die Medienschaffenden 30 Minuten Auskunft geben zur «Marken- und Unternehmensreputation» der Ruag Schweiz. Die Umfrage werde anonym durchgeführt, betont die Ruag. Wer Geld erhalten würde, wisse man nicht.

Wir verzichten. Es ist nicht Aufgabe von Journalisten, der Ruag bei Imagepolitiken zu helfen. Aber wir können die Diagnose auch gerne gratis liefern, liebe Ruag: Gravierende IT-Sicherheitsmängel, Millionenverluste beim internationalen Ruag-Ableger, eine teure und problembehaftete Konzernaufspaltung, mehrere hundert Millionen Franken Kreditgarantie, die die Eidgenossenschaft deswegen sprechen musste. Eigene Werbekosten, die der Armee weiterverrechnet wurden. Und dann noch ein 200 Millionen Franken teures Abenteuer mit einem deutschen Flugzeug, das definitiv beerdigt werden musste.

Das sind Schlagzeilen, die die Marke Ruag Schweiz und Ruag International in der Vergangenheit so gemacht hat. Muss man da noch eine Reputationsumfrage durchführen?

Lucien Fluri

Gefälschte Zitate: Ueli Maurer geht gegen Bitcoin-Betrüger vor

Dubiose Anbieter werben im Namen des Finanzministers für Investitionen in Kryptowährungen.

Wer in den vergangenen Tagen von der Schweiz aus ausländische News-Websites ansteuerte, begegnete dort manchmal einem bekannten Gesicht: Bundesrat Ueli Maurer (SVP), Finanzminister der Eidgenossenschaft. Nicht, weil Maurer für Schlagzeilen in der internationalen Presse sorgen würde.

Nein: Mit seinem Namen und Gesicht wurden Online-Werbeanzeigen geschaltet, die zielgenau der Schweizer Leserschaft von Artikeln der «Huffington Post» oder des «Guardian» ausgespielt wurden. «Der Ueli-Maurer-Skandal: Das hat die Welt verrückt gemacht und die Banken haben Angst», heisst es in einer der Anzeigen.

Wer auf die Werbefläche klickt, landet auf einer Website, welche über spektakuläre Ge-

winne dank Investments in Kryptowährungen berichtet. Sie kommt in einer Gestaltung daher, die einem Artikel des Onlineangebots von SRF ähnelt. Im Text schwärmt Ueli Maurer über das grosse Gewinnpotenzial von Kryptowährungen.

Wirbt Maurer tatsächlich bei SRF für Investitionen in Bitcoin? Nein. Die Website stammt nicht von SRF und die verwendeten Maurer-Zitate sind frei erfunden. Es handelt es sich um eine mutmasslich betrügerische Masche. Wer die Website besucht, soll dazu gebracht werden, Geld für den Erwerb von Kryptowährungen zu überweisen. Dieses landet ohne irgendwelche Gegenleistung oder der Möglichkeit auf eine Rückerstattung in den Händen der anonym bleibenden Urheber der Website.

Bei Maurers Finanzdepartement (EFD) hat man Kenntnis von der betrügerischen Werbung. Bereits 2020 seien ähnliche Websites aufgetaucht, erklärt Sprecher Peter Minder auf Anfrage: «Der Rechtsdienst des EFD hat zum Thema bereits am 18. Mai 2020 eine Strafanzeige wegen (versuchten) Betrugs an die Bundesanwaltschaft eingereicht. Die neuerlich aufgetauchte Aktion wird als Ergänzung zur bestehenden Strafanzeige der Bundesanwaltschaft zugestellt.»

Bundesanwaltschaft konnte Täter nicht ermitteln

Ob die Köpfe hinter der Fake-Maurer-Werbung gefunden werden können, ist fraglich. Denn die Bundesanwaltschaft sistierte die nach der Strafanzeige im

Mai 2020 eingeleiteten Ermittlungen nach vier Monaten, «da keine Angaben zur Täterschaft vorlagen, welche deren Identifizierung erlaubt hätten», wie eine Sprecherin mitteilt.

Auch bei SRF «ärgert man sich sehr» über die Fake Werbungen und toleriere diese selbstverständlich nicht, wie Mediensprecher Stefan Wyss sagt. Über konkrete Gegenmassnahmen schweigt er, weil man den Urheber keine Hinweise geben wolle. «Wichtig ist es, die Bevölkerung für das Thema zu sensibilisieren», sagt Wyss. Deshalb habe auch SRF schon mehrfach über die Fake Werbungen berichtet.

Betrügerische Anzeigen für Kryptoinvestments tauchen seit mehreren Jahren im



Netz auf. Zu den Prominenten, in deren Namen für solche Angebote erworben worden ist, zählen etwa Roger Federer, DJ Bobo oder Roger Schawinski.

Vor der Masche warnt auch das Nationale Zentrum für Cybersicherheit (NCSC). Es rät, Werbung dieser Art zu ignorieren. Im Zweifelsfall solle man auf der Website der Finanzmarktaufsicht (Finma) nachprüfen, ob ein Anbieter in der Schweiz als Finanzdienstleister zugelassen sei, so die Empfehlung.

Christoph Bernet

Ueli Maurer (SVP): Opfer einer bekannten Masche.
Bild: Anthony Anex/Keystone